



Stand: 09.01.2017

Zeichen: 6 856 (ca. 10 Minuten)

VhU-Finanzforum

Was folgt in Hessen auf die „schwarze Null“ ab 2019?

Einführung ins Thema

durch

Hauptgeschäftsführer Dirk Pollert

am Montag, 16. Januar 2017

bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt

Sehr geehrte Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Schäfer,
sehr geehrter Herr Dr. Bardt,
sehr geehrter Herr Wittershagen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Mein Name ist Dirk Pollert. Seit Anfang 2017 bin ich VhU-
Hauptgeschäftsführer.

Sehr herzlich begrüße ich Sie zum VhU-Finanzforum.

Ganz herzlich danke ich der Deutschen Bank AG und Ihnen,
Herr Wittershagen, für Ihre Gastfreundschaft. Schön, dass wir
heute bei Ihnen sein dürfen!

Das Thema heute lautet: „Was folgt in Hessen auf die
,schwarze Null‘ ab 2019?“

Ein Thema, das noch vor wenigen Jahren als ferne Vision galt.

Und jetzt sieht es so aus, als könne Hessen sogar schon 2019,
also ein Jahr früher als vorgeschrieben, einen strukturell
ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Das ist zweifelsohne ein Erfolg der Konsolidierungspolitik von
Bund und Ländern. In unserer Mediendemokratie ist es eine
bemerkenswerte Leistung, unpopuläre Sparmaßnahmen
durchzusetzen. Egal, ob die Wirtschaft gut und schlecht läuft.
Zumal man als Politiker für Mehrausgaben kurzfristig leichter
Zustimmung erfährt.

Mein Dank gilt deshalb den Abgeordneten des Landtags und
den Mitgliedern der aktuellen sowie der vorherigen schwarz-
gelben Landesregierung.

Zum aktuellen Bild gehört aber auch: Haushaltspolitik war seit langem nicht mehr so einfach wie heute. Ich nenne drei, für die Haushaltspolitik günstige Faktoren, deren Dauer nicht garantiert ist:

Erstens: Die gute Konjunktur:

In 2016 hat Hessen gut 19,5 Milliarden Euro Steuern eingenommen. Viel mehr als erwartet.

Dazu hat die Wirtschaft einen großen Beitrag geleistet:

Rekordbeschäftigung und hohe Jobsicherheit stärken den Konsum, lassen die Steuereinnahmen sprudeln und vermindern den Bedarf an Transferzahlungen.

Es wäre fahrlässig zu hoffen, es gäbe künftig kein konjunkturelles Auf und Ab mehr.

Zudem erntet die Politik heute, was sie im vergangenen Jahrzehnt mühevoll ausgesät hat: Arbeitsmarkt- und Sozialreformen haben Deutschland fit gemacht.

Allerdings hat die Bundespolitik in dieser Legislaturperiode mit Umverteilungsprojekten von Mindestlohn bis Mütterrente und Rente mit 63 Arbeit in Deutschland wieder deutlich teurer gemacht. Weitere Belastungen des Faktors Arbeit im Wahljahr 2017 wären brandgefährlich für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Ein **zweiter Grund** für die relativ einfache Haushaltspolitik ist die demografische Besorgnis der Unternehmen, die den Boom auf dem Arbeitsmarkt anfeuert:

Viele Betriebe stellen heute Leute ein, weil sie befürchten, künftig nicht mehr ausreichend Fachkräfte zu finden. Das

entlastet kurzfristig die Sozialkassen. Geht aber zulasten der Produktivität, die ein Hochlohnland dringend benötigt.

Langfristig dämpft der Rückgang der Erwerbspersonenzahl das Wirtschaftswachstum, während altersbedingte Lasten stark zunehmen.

Deutschland hat – genauso wie die allermeisten europäischen Staaten – kein Problem mit zu vielen alten Menschen, sondern ein Problem mit zu wenig jungen.

Drittens erleichtert die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Hessen vermeidet mehrere hundert Millionen an Zinsausgaben pro Jahr, muss aber in 2017 immer noch 1,1 Milliarden Euro Zinsen zahlen.

Die massive Geldflut der EZB wird irgendwann gestoppt werden – ja, ich sage, gestoppt werden müssen. Wohlstand wird nicht mit der Notenpresse gedruckt, sondern hart erarbeitet.

Staat, Privathaushalte und Unternehmen sollten sich darauf vorbereiten, dass eines Tages die Zinswende kommt, was den Schuldendienst und Investitionen verteuert.

Die exportstarke Industrie darf sich nicht auf günstigen Fremdkapitalzinsen und dem relativ niedrigen Euro-Wechselkurs ausruhen. Die stetige Aufwertung der alten D-Mark bis 1999 wurde ja zurecht als „Innovationspeitsche“ bezeichnet, die unsere Betriebe zu immer neuen Spitzenleistungen angetrieben hatte.

Und Bund, Länder und Kommunen tun gut daran, ihre hohen Schuldenstände zu reduzieren – absolut und relativ zum BIP.

Zumal die Länder ja nicht nur einen, sondern zwei Schuldenberge haben, was der Geschäftsbericht des Landes Hessen in vorbildlicher Weise transparent macht:

Zu den Kreditmarktschulden Hessens von 45 Milliarden Euro kommen die Verpflichtungen für Pensionen und Beihilfen, deren Barwert 76 Milliarden Euro beträgt.

Meine Damen und Herren,

die hessische Wirtschaft erwartet die strikte Fortsetzung der Konsolidierungspolitik.

Auch nach 2019 muss der haushaltspolitische Kraftakt Jahr für Jahr weitergehen. Das Land Hessen muss nicht nur strukturelle Defizite vermeiden, sondern jedes Jahr Einnahmeüberschüsse planen und auch erzielen.

Warum?

Vier Aufgaben stehen an:

Erstens:

Schulden netto tilgen, um das Risiko steigender Zinsen zu begrenzen. Die VhU hält einen verbindlichen Schuldentilgungsplan für jede Legislaturperiode für erforderlich.

Zweitens:

Investitionen erhöhen, um die Infrastruktur und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Der Defizitabbau darf nicht zu Lasten des staatlichen Sachvermögens erfolgen. Seit Jahren sinkt der Wert öffentlicher Gebäude und Verkehrswege. Hauptgrund sind zu geringe Investitionen. Der Anstieg der konsumtiven Ausgaben muss noch weiter verlangsamt werden. Zwar ist ein leichter Anstieg der Investitionen des Landes von 1,9 auf 2 Milliarden Euro in 2017 beschlossen, doch reicht das nicht aus. Die Investitionsquote erhöht sich nicht, sondern verharrt bei gut 7 Prozent.

Drittens:

Rücklagen für die steigenden Verpflichtungen für Beamtenpensionen und Beihilfen steigern, damit wir nicht heute auf Kosten unserer Kinder leben. Jede Generation muss ihren Bierdeckel selber bezahlen.

Auch die Beamten selber müssen einen Beitrag leisten. Die Begrenzung des Anstiegs der Gehälter der Beamten auf 1 Prozent war richtig.

Die VhU fordert, die automatischen altersstufenbezogenen Gehaltssteigerungen für Beamten abzuschaffen. Der entstehende finanzielle Spielraum könnte zur Hälfte für Leistungsanreize der Beamten und zur Hälfte zur Steigerung der Rücklagen verwendet werden.

Zudem sollte – wie bei den Rentnern – ein Nachhaltigkeitsfaktor zur Dämpfung der Pensionen eingeführt werden.

Viertens:

Steuern senken, um Impulse für private Investitionen zu schaffen.

Beispielsweise haben die Erhöhungen der Grunderwerbsteuer in Hessen von 3,5 auf 6 Prozent Investitionen verteuert und dem Ziel entgegen gewirkt, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. Es geht um ein Steueraufkommen von 1,3 Milliarden Euro in 2017. Die Grunderwerbsteuer sollte schrittweise abgesenkt werden.

Meine Damen und Herren, alle vier Maßnahmen haben ihre Berechtigung und ihre Notwendigkeit.

Ich meine, Haushaltsspielräume sollten für Investitionssteigerung, Schuldentilgung, Rücklagensteigerung und Steuersenkung verwendet werden.

Ganz bewusst nenne ich die Investitionssteigerung als Erstes und die Steuersenkung als Letztes. Denn die VhU hat bisher – zurecht, wie ich finde – der Zukunftsvorsorge stets Vorrang eingeräumt vor noch so wünschenswerten Steuersenkungen in der Gegenwart.

Über die Gewichtung kann man trefflich streiten. Aber ich glaube, die gesamtwirtschaftlichen Risiken machen deutlich, dass für konsumtive Ausgabenwünsche kein Spielraum besteht.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Ich übergebe das Wort an unseren Moderator, den VhU-Referenten für Finanz- und Steuerpolitik, Timo Lübeck.